

ONLINE-PUBLIKATION

Axel Troost

Griechische Politik im Faktencheck

**Was Griechenland zur Krisen-
bewältigung tatsächlich
geleistet hat**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

AXEL TROOST ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Der Volkswirtschaftler gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung an. Gemeinsam mit Rainald Ötsch veröffentlichte er 2015 «Bankenabwicklung: Zwischen Fata Morgana und Wirklichkeit» (hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analyse 20).

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 10/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: April 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

INHALT

Vorbemerkung: Die öffentliche Meinung in Deutschland über «die Griechen»: Gefühltes Wissen, Un- und Halbwahrheiten	4
Behauptungen und Fakten zur wirtschafts- und finanzpolitischen Situation Griechenlands	5
Behauptung 1: «Griechenland ist nicht reformierbar. Alle Reformversuche sind bislang immer im Sande verlaufen.»	5
Behauptung 2: «Die Griechen haben noch nicht genug gespart.»	7
Behauptung 3: «Tsipras versucht immer wieder, die internationalen Geldgeber in den Verhandlungen über den Tisch zu ziehen. Griechenland verschleppt die zugesagten Reformen mit allen Mitteln und befindet sich im Bummelstreik.»	9
Behauptung 4: «Reiche in Griechenland haben in der Vergangenheit nie ernsthaft Steuern gezahlt. Daran hat sich auch unter der Regierung von Alexis Tsipras nichts wesentlich geändert.»	11
Behauptung 5: «Die Selbstständigen werden durch die neuen Steuern der Regierung Tsipras förmlich erdrückt und in die Schwarzarbeit getrieben.»	13
Behauptung 6: «Die Renten in Griechenland sind weiterhin zu hoch und vollkommen unverhältnismäßig.»	15
Schlussbemerkung: Plädoyer für eine pro-europäische Entwicklungsstrategie	17
Weiterführende kritische Quellen zu Griechenland	18

VORBEMERKUNG: DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DEUTSCHLAND ÜBER «DIE GRIECHEN»: GEFÜHLTES WISSEN, UN- UND HALBWAHRHEITEN

Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2009 bezifferte die neu gewählte griechische Regierung unter Ministerpräsident Giorgos A. Papandreou das für 2009 aufgelaufene staatliche Haushaltsdefizit (Neuverschuldung) auf über zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dieser «Offenbarungseid» gilt – zumindest aus Sicht des Auslands – als der Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise Griechenlands.

War Griechenland bis dahin in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland ein idyllisches Ferienland, wurde es damit über Nacht zum abgezockten Krisenland, über das deutsche PolitikerInnen und Medien reichlich Spott, Polemik und Ressentiments ausgossen. Der vorliegende Text spitzt einige dieser lautstark und bis heute beharrlich vorgetragene vermeintlichen Wahrheiten über «die Griechen» zu, um sie dann nüchtern auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen.

Als stellvertretender Parteivorsitzender und als finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN habe ich mit dem Aufstieg von SYRIZA intensive Kontakte nach Griechenland und insbesondere zur griechischen Regierung unter Alexis Tsipras aufgebaut. Dabei habe ich unseren griechischen GenossInnen auch immer wieder die in Deutschland weitverbreiteten Ansichten über «die Griechen» mitgeteilt – und selbst skeptisch nachgebohrt, wenn mir Kritikpunkte an den «griechischen Verhältnissen» nicht unplausibel oder aus eigener Erfahrung berechtigt erschienen. Heraus kam dabei, dass es – auch in Griechenland – selbstverständlich Licht UND Schatten gibt. Klar geworden ist mir dabei aber eben auch, mit welcher missionarischen Beharrlichkeit bestimmte interessierte Kreise in der deutschen Politik, in der Wirtschaft und in den Medien zum Thema Griechenland tendenziöse Darstellungen in Umlauf bringen, Fakten verdrehen und sogar verleumden.

Das vorliegende Papier soll – ohne zu beschönigen – diesen Unwahrheiten entgegentreten und Fakten zusammentragen, die in den heutigen vermeintlich postfaktischen Zeiten umso konsequenter dargelegt werden müssen. Bei vielen Angaben stütze ich mich auf Quellen aus dem Umfeld der griechischen Regierung und griechischer Behörden. Ich bedanke mich bei Giorgos Voudouris, Nikos Erinakis, Ilias Kostarakos, Evgenia Beniatioglou, Panagiota Boura, Nikos Briskolas und Marika Fragkaki.

Dieses Papier ist zum Glück nicht der erste Anlauf, böswilligen Klischees und Vorurteilen gegenüber Griechenland entgegenzutreten. Am Ende findet sich eine Liste von lesenswerten Quellen und Darstellungen zu den «griechischen Verhältnissen».

Axel Troost, im April 2017

BEHAUPTUNGEN UND FAKTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITISCHEN SITUATION GRIECHENLANDS

BEHAUPTUNG 1: «Griechenland ist nicht reformierbar. Alle Reformversuche sind bislang immer im Sande verlaufen.»

Die weitverbreitete Meinung lautet:

«In Griechenland besteht keine grundsätzliche Bereitschaft, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, klientelistische Strukturen abzubauen, Staat und Gesellschaft zu modernisieren und effektiver zu gestalten. Entweder wird auf dringend notwendige umfassende Reformen ganz verzichtet oder diese werden nach der Verabschiedung einfach nicht umgesetzt oder nach Regierungswechseln wieder rückgängig gemacht.»

Richtig ist vielmehr:

Griechenland belegte unter den OECD-Staaten in den Jahren 2007 bis 2014 bei der Umsetzung von Reformen den ersten Platz. Der Chef des Euro-Rettungsfonds ESM, Klaus Regling, sprach sogar vom «Reformweltmeister».

Im vergangenen Jahr gehörte Griechenland auch zu den entwickelten Ländern, die ihr Steuersystem am stärksten reformierten, wie eine aktuelle Studie der OECD bestätigt, in der die griechische Regierung für ihre jüngsten Reformen gelobt wird. «Wir müssen Griechenland zu diesen Steuerreformen gratulieren», so der OECD-Zuständige für Steuerangelegenheiten David Bradbury. In dieselbe Richtung gehen Äußerungen von EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU), der in einem Interview erklärte: «Die Griechen haben nicht alles eingehalten, aber unter Tsipras mehr Reformen des Haushaltes, des Arbeitsmarktes und der Rente unternommen als je zuvor.»¹

Eine pauschale Verurteilung Griechenlands als reformunfähig ist also nicht nur verleumderisch, sondern auch empirisch leicht zu widerlegen. Die Rede von der Unreformierbarkeit Griechenlands zeigt verblüffende Ähnlichkeiten mit kolonialen Klischees. Das Bild, das damit vermittelt wird, ist das von einem «unterentwickelten Volk», das unregierbar ist, auf alle größeren Veränderungen misstrauisch reagiert und auf seinen archaischen Traditionen beharrt. Der nächste Gedankenschritt hin zur Forderung nach einem Rauswurf aus der Eurozone ist dann schnell gemacht.

Sicherlich bedurfte es in Griechenland – wie in anderen Ländern auch – eines erheblichen Problemdrucks, damit in der Gesellschaft die Bereitschaft wuchs, sich von einigen lieb gewonnenen Gewohnheiten zu verabschieden und ernsthaft Probleme wie Korruption und Patronagebeziehungen anzugehen. Es liegt auch in der Natur der Demokratie, dass sich ParteipolitikerInnen in der Regel schwertun, sich offen mit mächtigen Interessengruppen anzulegen und deren Privilegien und Besitzstände anzugreifen, weil sie meist auf deren Unterstützung angewiesen sind und wiedergewählt werden wollen.

Wie allgemein bekannt ist, wurden viele der in Griechenland in den letzten Jahren umgesetzten Reformen von den internationalen Gläubigern erzwungen und gingen eindeutig zulasten der ArbeitnehmerInnen, des Sozialstaats und der Solidarität. Die Tsipras-Regierung hat sich aber nicht nur dem Austeritätsdiktat unterworfen, wie es viele linke KritikerInnen unterstellen. Sie hat vielmehr – wie oben bereits dargelegt – diverse Gesetze und Maßnahmen auf den Weg gebracht, die gerade Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zugutekommen sollen, Lasten und Pflichten gerechter verteilen und darauf abzielen, der gewachsenen Diversität der griechischen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Vieles wird davon in der öffentlichen Debatte in Deutschland entweder ganz verschwiegen oder mit dem Vorwurf versehen, es sei für das «oberste Ziel», die Haushaltskonsolidierung, hinderlich.

Hier eine Auflistung der wichtigsten größeren Reformbestrebungen der Regierung Tsipras:

- Reform des Steuersystems (Erhöhung der Steuerpflichten von Reichen) und zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung des Steuervollzugs (siehe auch Ausführungen zu Behauptung 4 und 6);
- Umgestaltung des Sozialversicherungssystems (Anpassung der Sozialabgaben von Selbstständigen, Schaffung eines einheitlichen Sozialversicherungsträgers, Harmonisierung des Rentensystems) zugunsten von geringverdienenden ArbeitnehmerInnen (siehe Ausführungen zu Behauptung 4, 5 und 6);
- Reform der gesundheitlichen Erstversorgung, mit Zugangsrecht zu öffentlichen Gesundheitsleistungen für Nichtversicherte;
- Einführung einer landesweiten Mindestsicherung (Guaranteed Minimum Income/GMI), um Haushalte in extremer Armut durch Finanzzuwendungen, den Zugang zu sozialer Fürsorge und Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zu unterstützen;

¹ Vgl. www.huffingtonpost.de/2017/02/17/oettinger-griechen-Euroaustritt_n_14815842.html.

- rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren bei eingetragenen Partnerschaften gegen den vehementen Widerstand der Kirche und konservativer Kreise;
- Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, sodass erstmals in der Geschichte des Landes MigrantInnen die griechische Staatsbürgerschaft beantragen können.

Die fiskalische Größenordnung der Maßnahmen, die Griechenland seit 2010 auf den Weg gebracht hat, ist immens. Der Gesamtwert der Haushaltsmaßnahmen, die Griechenland bis 2014 getroffen hat, beläuft sich auf 59 Milliarden Euro (in konstanten Preisen von 2010) bzw. auf 25 Prozent des BIP von 2009.² Auf Deutschland übertragen entspräche dies Umbaumaßnahmen im Staatshaushalt von jährlich 120 Milliarden Euro über einen Fünfjahreszeitraum. Schon allein diese Angaben zeigen, dass Griechenland alles andere als ein Land ist, in dem weitreichende politische Entscheidungen über Reformen nicht möglich sind. Und die regelmäßigen Überprüfungen der laufenden «Hilfsprogramme» durch die Troika haben immer wieder bestätigt, dass die vereinbarten Maßnahmen – wenn auch manchmal mit gewissen Verzögerungen – weitgehend umgesetzt wurden.

Wie aus einer Studie von Bruegel³ hervorgeht, hat Griechenland nicht nur die größte finanzpolitische Anpassung unter allen EU-Ländern bewältigt, sondern war auch das einzige Land, das aufgrund der intensiven Reformen gezwungen war, soziale Ausgaben zu kürzen – mit den bekannten drastischen sozialen Folgen. Und schließlich sollte endlich berücksichtigt werden, dass Griechenland im Gegensatz zu Deutschland und anderen europäischen Ländern seine Reformen in dramatischen Krisenzeiten und nicht in Zeiten von schwächlichem Wachstum durchgesetzt hat.

Auf den Punkt gebracht:

Griechenland liegt seit Jahren auf Platz 1 des OECD-Reform-Rankings und hat zahlreiche grundlegende Gesetzesänderungen und Maßnahmen von hoher fiskalischer Tragweite umgesetzt. Dazu gehören beklagenswerte neoliberale Reformen, die Ergebnis der Erpressung der internationalen Geldgeber sind, aber auch Maßnahmen zur Abfederung des Austeritätsdiktats.

² Gechert, Sebastian/Rannenberg, Ansgar: The costs of Greece's fiscal consolidation, IMK Macroeconomic Policy Institute, Policy Brief, March 2015

³ Darvas, Zsolt/Tschekassin, Olga: Poor and under Pressure, Bruegel Policy Contribution, 4/2015, S. 9, unter: http://bruegel.org/wp-content/uploads/imported/publications/Poor_and_under_pressure.pdf.

BEHAUPTUNG 2: «Die Griechen haben noch nicht genug gespart.»

Die weitverbreitete Meinung lautet:

«Die griechische Regierung ist nicht gewillt, den Staatshaushalt zu sanieren. Denn anders als mit fehlenden Sparanstrengungen lässt sich nicht erklären, dass ständig neue Finanzhilfen nötig wurden und die Schulden weiter angestiegen sind. Gerade deswegen ist es wichtig, an den hohen Sparvorgaben für die nächsten Jahre festzuhalten.»

Richtig ist vielmehr:

Griechenland stimmte im Rahmen des ersten Finanzhilfeprogramms (2010 bis 2012) Sparmaßnahmen in Höhe von 37,5 Milliarden Euro, im Rahmen des zweiten Programms (2012 bis 2015) Maßnahmen in Höhe von 25,2 Milliarden Euro und im Rahmen des dritten Programms (2015 bis 2018) Maßnahmen in Höhe von 9,8 Milliarden Euro zu. Das entspricht einem Gesamtbetrag von über 72 Milliarden Euro – oder anders ausgedrückt 43 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung des Jahres 2016 bzw. einer jährlichen Anpassung von durchschnittlich fünf Prozent des BIP, übertragen auf den Zeitraum 2010 bis 2018.

Um den griechischen Staatshaushalt zu konsolidieren, haben die griechischen Regierungen also tatsächlich äußerst beeindruckende Sparanstrengungen unternommen. Allerdings zerstörten diese zugleich die ökonomische Basis des Landes – die Wirtschaftsleistung brach zwischen 2009 und 2016 um ganze 25 Prozent ein – und wurden dadurch in großen Teilen wieder zunichtegemacht.

Betrachten wir zunächst die Einnahmeseite: Die öffentlichen Einnahmen konnten von 39 Prozent des BIP im Jahr 2009 auf 50 Prozent im Jahr 2016 gesteigert werden. Mit diesem enormen Anstieg liegt Griechenland derzeit deutlich über dem Durchschnittswert in der Eurozone (46 Prozent des BIP in 2016). Auf der Ausgabenseite erscheint die prozentuale Senkung der öffentlichen Ausgaben von 54 auf 52 Prozent des BIP im selben Zeitraum auf den ersten Blick eher gering. Doch es handelt sich um eine Quote. Die Ausgaben sind noch stärker gesunken als die (um 25 Prozent eingebrochene) Wirtschaftsleistung. Dies beweist, wie drastisch bei den öffentlichen Ausgaben gekürzt wurde.

Die seit Ausbruch der Krise ergriffenen Maßnahmen senkten das Haushaltsdefizit (d. h. die jährliche Neuverschuldung) von ehemals 15 Prozent des BIP auf gerade einmal zwei Prozent in 2016 – was fiskalpolitisch einerseits eine enorme Leistung bedeutet, andererseits aber auch den brutalen Sparkurs widerspiegelt. Dabei müssen derzeit drei Prozent des griechischen BIP für Zinszahlungen aufgewandt werden (ein Prozent mehr als der Durchschnitt in der Eurozone). Zwar hat der griechische Staat weiterhin ein jährliches Defizit, zieht man jedoch die Zinsausgaben ab, ergibt sich ein Primärüberschuss (Saldo von Einnahmen und Ausgaben ohne Zinszahlungen), der für das Jahr 2016 sogar auf zwei Prozent des BIP geschätzt wird. Das im August 2015 zwischen der griechischen Regierung und den Gläubigern für 2016 vereinbarte Ziel eines Primärüberschusses von 0,5 Prozent des BIP wurde damit mehr als erfüllt.⁴

Die Rezession, die die griechische Wirtschaft derzeit erlebt, ist durchaus mit der Großen Depression in den 1930er Jahren vergleichbar. Sie hat den Lebensstandard der meisten BürgerInnen gewaltig verschlechtert, viele müssen sich tagtäglich um ihr Überleben sorgen.⁵ Das durchschnittliche Arbeitnehmergehalt sank zwischen 2010 und 2016 um beinahe ein Fünftel. Insgesamt 36 Prozent der Bevölkerung lebten im Jahr 2015 in Armut (Eurozonen-Durchschnitt: 23 Prozent). Mit 50 Prozent ist die Armutsquote bei jungen Menschen (zwischen 16 und 24 Jahren) besonders hoch. Parallel dazu wurde die Verteilung der Einkommen ungleicher. Inzwischen gehört Griechenland neben Bulgarien zu den Ländern der EU mit der größten sozialen Ungleichheit. Die desolade wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation treibt vor allem junge und gut ausgebildete Menschen scharenweise ins Ausland – was in Griechenland ungute Erinnerungen an die Migrationswelle der 1960er Jahre weckt. In dieser Situation die Umsetzung von noch weiteren Sparmaßnahmen einzufordern und an dem vereinbarten Primärüberschuss für 2018 und die Folgejahre von 3,5 Prozent des BIP festzuhalten, zeugt von mangelndem Realitätssinn. In der Vergangenheit konnten nur ganz wenige Länder einen Primärüberschuss von drei Prozent des BIP über einen Zeitraum von fünf Jahren oder länger vorweisen,⁶ und dies unter deutlich günstigeren Rahmenbedingungen.⁷ Hier bietet sich auch ein Vergleich mit Deutschland an. Um auf den von Griechenland ge-

4 Dem liegen höhere Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und der Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Korruption zugrunde.

5 Vgl. http://bruegel.org/wp-content/uploads/imported/publications/Poor_and_under_pressure.pdf.

6 Eichengreen, Barry/Panizza Ugo: A Surplus of Ambition: Can Europe Rely on Large Primary Surpluses to Solve its Debt Problem? Discussion Paper Series No. 10069, Centre for Economic Policy Research, Washington D.C. 2014, unter: www.cepr.org/pubs/dps/DP10069.php.

7 Wie in der Schuldentragfähigkeitsanalyse des ESM für Griechenland angemerkt wird, begünstigen fünf Faktoren die Wahrscheinlichkeit, dass Länder über einen längeren Zeitraum einen hohen Primärüberschuss aufrechterhalten können, und zwar: wenn (i) die Schuldenlast hoch ist, (ii) die Konjunkturlage gut ist, (iii) geringe politische Risiken bestehen, (iv) solide haushaltspolitische Regeln und Institutionen vorhanden sind und (v) die Leistungsbilanz einen Überschuss aufweist. Der einzige dieser Faktoren, der für Griechenland zutrifft, ist die hohe Schuldenlast (und der dadurch ausgeübte Druck). Führt man sich die großen sozialen Probleme vor Augen – die griechische Regierung gebraucht nicht zu Unrecht dafür den Begriff humanitäre Katastrophe –, die dringend den Einsatz finanzieller Mittel erfordern, lassen sich die strengen Haushaltsvorgaben in keiner Weise rechtfertigen.

forderten Primärüberschuss von 3,5 Prozent zu kommen, müssten in den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik zusätzlich etwa 56 Milliarden Euro eingespart werden. Das entspricht fast der Hälfte der öffentlichen Bildungsausgaben oder knapp der Summe, die in Deutschland für die Pflege ausgegeben wird, und deutlich mehr als die Ausgaben für Arzneimittel.

Wer also fordert, «die Griechen sollten sich einfach noch ein bisschen mehr am Riemen reißen», und von der Regierung weitere sozialpolitische Einschnitte verlangt (etwa im Bildungswesen, bei den Renten oder bei der Gesundheitsversorgung), der sollte ehrlich sein und sich vergegenwärtigen, dass in diesem Bereich kaum noch Einsparpotenzial vorhanden ist (vgl. hierzu auch Tabelle 1 auf S. 16), wenn man etwa nicht gleich auf die Schulpflicht verzichten oder eine deutlich höhere Kindersterblichkeit in Kauf nehmen will.

Auf den Punkt gebracht:

Die griechischen Regierungen haben in den vergangenen Jahren erhebliche Einsparungen vorgenommen. Dies hat jedoch zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt, der den Bemühungen, den Staatshaushalt zu konsolidieren und die Schuldenlast abzubauen, entgegenlief und in eine humanitäre Katastrophe führte. Auf deutsche Verhältnisse übertragen entsprechen die jetzt im Raum stehenden Forderungen einem Einsparvolumen von 56 Milliarden Euro. Solche Kürzungen des längst weit überstrapazierten griechischen Staatshaushalts zu fordern, ist nicht nur aus humanitären und politischen Gründen unverantwortlich, sondern auch mit Blick auf historische Vergleichsdaten nicht schlüssig.

BEHAUPTUNG 3: «Tsipras versucht immer wieder, die internationalen Geldgeber in den Verhandlungen über den Tisch zu ziehen. Griechenland verschleppt die zugesagten Reformen mit allen Mitteln und befindet sich im Bummelstreik.»

Die weitverbreitete Meinung lautet:

«Griechenland kommt regelmäßig den Vereinbarungen, die es mit den Gläubigern in den Hilfsprogrammen geschlossen hat, nicht oder wenn, dann nur verspätet und unwillig nach. Es ist Teil der griechischen Verhandlungsstrategie, die Umsetzung von zugesagten Maßnahmen zu verschleppen, bis die Gläubiger den Geldhahn zudrehen. Härte ist daher die einzige Sprache, die die griechische Regierung versteht. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hat daher völlig recht, wenn er sagt, dass ein erfolgreicher Abschluss der zweiten Programmüberprüfung einzig und allein von Griechenland abhängt.»

Richtig ist vielmehr:

Verzögerungen sind bei komplexen multilateralen Verhandlungen meist einkalkuliert. Sie würden erst dann zu einem akuten Problem, wenn Griechenland seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte. Die nächsten größeren Zahlungen stehen im Juli an, wenn Griechenland acht Milliarden Euro zur Ablösung alter Schulden benötigt. Bis dahin besteht für die griechische Regierung keine Notwendigkeit, bei Dissensen mit den Gläubigern klein beizugeben, nur um im Zeitplan zu bleiben. In der öffentlichen Meinung werden Verzögerungen allerdings als ein Zeichen von fehlender Seriosität und Ernsthaftigkeit gewertet. Gerade die Bundesregierung sucht die Schuld hierfür gern allein auf der griechischen Seite. Es liege ausschließlich in den Händen der griechischen Regierung, so die Aussage von Finanzminister Wolfgang Schäuble, die zweite Programmüberprüfung erfolgreich abzuschließen.⁸

Tatsächlich liegt es aber nicht allein an der griechischen Regierung – zumindest wenn man eine Regierung als Regierung versteht und nicht als weisungsabhängige Behörde zur Ausführung von Anordnungen der Gläubiger. Die griechische Regierung hat den größten Teil der Maßnahmen, die dem Land für die zweite Etappe des aktuellen «Hilfsprogramms» abverlangt wurden, bereits umgesetzt. Selbst dort, wo es noch offene Fragen gibt, sind die Vorarbeiten derart weit gediehen, dass sie im Prinzip kurz vor ihrem Abschluss stehen. Schon im Dezember 2016 hieß es, die restlichen Maßnahmen könnten innerhalb weniger Tage umgesetzt werden. Dass es dazu nicht kam, liegt zu großen Teilen an Differenzen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gläubigern.

Die Eurogruppe hatte am 25. Mai 2016 beschlossen, einige kurzfristig umsetzbare Maßnahme zur Schuldenerleichterung nach dem Abschluss der ersten Programmüberprüfung – also im Juni 2016 – umzusetzen.⁹ Es handelte sich um Maßnahmen, die sich ohne neue Parlamentsbeschlüsse der Gläubigerstaaten umsetzen ließen. Dann aber wurden sie von Fortschritten der zweiten Überprüfung des Programms abhängig gemacht und von der Eurogruppe erst im Dezember 2016 angenommen.

Nach wie vor sorgen die Schuldenerleichterungen für erhebliche Spannungen. Denn der Internationale Währungsfonds (IWF) knüpft seine weitere Beteiligung am Programm an deutlich weitergehende Maßnahmen. Er fordert, die Konditionen für die Darlehen der europäischen Träger (EFSF, ESM) sowie die bilateralen Kredite des ersten «Hilfsprogramms» (GLF) neu zu verhandeln. Erst wenn die Tragfähigkeit der griechischen Schulden sichergestellt sei, könne sein Direktorium über die weitere Beteiligung am Programm beschließen. Die angeordnete Restrukturierung der griechischen Schulden würde jedoch Beschlüsse erfordern, die über die von der Eurogruppe gemachten Zugeständnisse deutlich hinausgehen (z. B. Verlängerung der Laufzeiten der Kredite bis zum Jahr 2070). Die Eurogruppe verweigert sich dem. Vor allem die deutsche Regierung schließt Schuldenerleichterungen – zumindest bis zur Bundestagswahl im September 2017 – weiterhin kategorisch aus.

Stark umstritten sind auch die Haushaltsvorgaben. Für 2018 und die Folgejahre wurde ein Primärüberschuss (Haushaltsüberschuss ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen) von 3,5 Prozent des griechischen BIP vereinbart (siehe hierzu ausführlicher Behauptung 2). Der IWF hält dieses Ziel im Gegensatz zu den europäischen Institutionen für unrealistisch. Nach Ansicht des IWF reichen die bereits vereinbarten Maßnahmen nur für einen Primärüberschuss von 1,5 Prozent. Er fordert daher, die Haushaltsvorgaben auf diesen Wert abzusenken – oder aber weitere Sparmaßnahmen im Bereich der Rente und der Einkommensteuer zu beschließen. Zudem beharrt er auf Schuldenerleichterungen.

Dieser Konflikt besteht auch nach dem jüngsten Treffen der Eurogruppe vom 20. Februar 2017 fort. Zwar gab es bei einem Gespräch zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und IWF-Chefin Christine Lagarde gewisse

⁸ Vgl. «Schäuble – Zeit für Griechenland-Reformen wird knapper», Reuters-Meldung vom 26.1.2017.

⁹ Dazu gehört die Laufzeitverlängerung von EFSF-Krediten von durchschnittlich 28 Jahren auf die maximal möglichen 32,5 Jahre und der Verzicht auf Zinssteigerungen auf eine bestimmte Kredittranche aus dem zweiten Griechenlandprogramm. Dies waren Maßnahmen, die von den bisherigen Vereinbarungen gedeckt waren, wo nun aber Spielräume zugunsten Griechenlands neu ausgenutzt wurden.

Annäherungen, aber IWF-Sprecher Gerry Rice machte kurz darauf deutlich, dass der IWF seine Strategie in Bezug auf die zwei Säulen Reformen und Schuldenerleichterungen nicht geändert habe. Der IWF werde sich nur dann an den Finanzierungsmaßnahmen beteiligen, wenn ein glaubhaftes Maßnahmenpaket beschlossen würde, das auch dem Schuldenproblem Griechenlands Rechnung trägt.¹⁰

Der IWF vertritt somit in mehreren Punkten eine konträre Position zu den europäischen Institutionen, vor allem zur deutschen Regierung. Erst kürzlich erklärte Finanzminister Schäuble, dass es ohne den IWF keine Fortführung gebe. Ähnlich äußerte sich auch Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem: Die Frage der Beteiligung des Fonds sei nicht verhandelbar. Doch beide lassen den IWF auflaufen und schieben die Schuld für die Verzögerungen der griechischen Regierung zu.

Ein weiteres trauriges Beispiel für Meinungsverschiedenheiten unter den Gläubigern, die zulasten Griechenland ausgetragen werden, bieten die Arbeitsmarktreformen. Im griechischen Finanzhilfeprogramm wurden Reformen der griechischen Gesetze zu Tarifverhandlungen und Massenentlassungen vereinbart, die sich «an den bewährten Verfahren der EU» orientieren sollten. Zu diesem Zweck wurde eigens eine Expertenkommission eingesetzt, die sich in ihrem Abschlussbericht relativ einig präsentierte.¹¹ Diese Ergebnisse und die existierenden Verfahren in anderen Staaten der EU werden allerdings vom IWF, der auf marktradikalen Reformen beharrt, völlig missachtet. Die europäischen Partner ducken sich in diesem Streit vollständig weg. Sie lassen damit nicht nur die griechische Seite komplett im Stich, sondern treten auch die Errungenschaften europäischer Arbeitsmarktgesetzgebung mit Füßen.¹²

Somit ist leider zu beobachten, wie der IWF und Bundesfinanzminister Schäuble ihre Differenzen mit einem Worst-Case-Szenario für Griechenland zu überbrücken versuchen: Der IWF lässt von seiner Forderung nach niedrigeren Primärüberschusszielen ab und erhält als Gegenleistung das stillschweigende Zugeständnis, Griechenland eine Arbeitsmarktreform aufzuzwingen, die eklatant gegen europäische Normen verstößt.

Auf den Punkt gebracht:

Griechenland hat die Maßnahmen, die Gegenstand der zweiten Programmüberprüfung sein sollen, entweder schon umgesetzt oder alle dafür notwendigen Vorarbeiten auf den Weg gebracht. Die internationalen Gläubiger dagegen sind sich in wichtigen Fragen uneins, verweigern sich Kompromissen und tragen damit maßgeblich zu einer Verzögerung der Programmabwicklung bei. Eine besonders unrühmliche Rolle bei diesem Machtkampf kommt Bundesfinanzminister Schäuble zu, der vor der Bundestagswahl um keinen Preis Maßnahmen zustimmen will, die in der Öffentlichkeit als «Einknicken» gegenüber «den Griechen» interpretiert werden könnten. Mit seiner widersprüchlichen Haltung gegenüber dem IWF, dessen Forderung nach Schuldenerleichterung er einerseits schroff zurückweist, den er aber andererseits als «Zuchtmeister» an Bord behalten will, ist er ein wesentlicher Blockadefaktor.

10 Wortlaut der Äußerungen von Rice abrufbar unter: www.imf.org/en/News/Articles/2017/02/23/tr02232017-Transcript-Of-IMF-Press-Briefing-Thursday-February-23-2017

11 Vgl. www.axel-troost.de/article/9360.empfehlungen-der-sachverstaendigengruppe-fuer-die-ueberpruefung-der-griechischen-arbeitsmarktinstitutionen.html.

12 Kadritzke, Niels: Die Zeit läuft weg, 12.3.2017, Blog von Le Monde Diplomatie, unter: https://monde-diplomatique.de/shop_content.php?colD=100092.

BEHAUPTUNG 4: «Reiche in Griechenland haben in der Vergangenheit nie ernsthaft Steuern gezahlt. Daran hat sich auch unter der Regierung von Alexis Tsipras nichts wesentlich geändert.»

Die weitverbreitete Meinung lautet:

«Seit Jahrzehnten bezahlen die Reichen in Griechenland keine Steuern. An diesem Phänomen hat sich auch unter der Regierung von Alexis Tsipras nicht wirklich viel geändert. Die griechischen Steuerbehörden wagen es entweder nicht, die Reichen zu besteuern, weil ihnen dafür die politische Rückendeckung fehlt, oder sie vermeiden derartige Konfrontationen, weil sie einfach zu träge sind. In der Realität geben die Reichen erst gar keine Steuererklärung ab oder sie machen falsche oder unvollständige Angaben, während die Finanzbehörden nichts gegen dieses Phänomen unternehmen. Auch den steuerfrei ins Ausland verschobenen Vermögen reicher GriechenInnen setzt die neue Regierung kaum nach.»

Richtig ist vielmehr:

Im vergangenen Jahr gehörte Griechenland zu den Ländern, die ihr Steuersystem am stärksten reformiert haben, wie eine aktuelle Studie der OECD bestätigt, in der die griechische Regierung für ihre jüngsten Reformen gelobt wird.¹³ Seit dem Amtsantritt der SYRIZA-Regierung im Februar 2015 wurde eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um Reiche endlich härter zu besteuern. Dazu zählen sowohl Änderungen der Steuerregeln als auch grundlegende Verbesserungen im steuerlichen Vollzug. Zu den Verschärfungen der Steuergesetze für Reiche gehören:

- eine Erhöhung des Einkommensteuersatzes für hohe Einkommen von 42 auf 45 Prozent;
- eine Steigerung und größere Progression der Solidaritätsabgabe auf hohe Einkommen von zuvor 3,5 bis 4 Prozent auf nun 7,5 bis 10 Prozent;
- eine Verdopplung der Abgaben für griechische Reeder und auf die von ihnen nach Griechenland eingeführten Devisen.

Dass diese Steuererhöhungen den Reichen tatsächlich wehtun, zeigt die Schärfe ihrer Reaktion. Sie versuchen, ihre Verbindungen in die Kreise der internationalen Gläubiger zu nutzen, um die gestiegenen Belastungen abzuwenden. Auffällig ist, dass sich unter anderen der IWF gegen höhere Steuersätze für Wohlhabende und nachdrücklich für einen abgesenkten Steuerfreibetrag ausgesprochen hat, was besonders die niedrigeren Einkommen treffen würde.

Noch viel wichtiger, als höhere Steuern für Reiche zu beschließen, ist es, diese Steuern auch tatsächlich einzutreiben. Schon früher waren die Reichen keineswegs gesetzlich von der Steuer freigestellt. Allerdings waren Politik und Behörden bei der Durchsetzung der Steuergesetze in der Vergangenheit generell zu nachlässig, zum Teil verhinderte Korruption die Eintreibung von Steuerschulden. Es hat sich aber seit dem Amtsantritt der SYRIZA-Regierung vor zwei Jahren auch beim Steuervollzug einiges getan:

- Die Banken sind nun verpflichtet, mit den Finanzbehörden zu kooperieren und ihnen vollen Einblick in Konten zu gewähren, um die Herkunft des Vermögens von Steuerpflichtigen überprüfen zu können.
- Derzeit wird im Rahmen des Nationalen Strategischen Rahmenplans (NSRP) 2014 bis 2020 eine elektronische Datenbank aufgebaut, die eine vollständige und genaue Erfassung der Vermögenswerte aller BürgerInnen des Landes zum Ziel hat, damit die Finanzbehörden deren Entwicklung im Laufe der Zeit verfolgen können.
- Anders als ihre Vorgängerinnen hat die Regierung Tsipras die Unterstützung anderer Staaten und internationaler Organisationen angenommen, um Fälle, bei denen griechische BürgerInnen ihr Vermögen an den Steuerbehörden vorbei ins Ausland geschafft haben, aufzudecken und zu ahnden. So kam es zum Beispiel zu einer engen Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden von Nordrhein-Westfalen, in deren Rahmen die Finanzbehörden und die Staatsanwaltschaft in Griechenland die sogenannte Borjans-Liste erhielten, eine Liste mit Schweizer Bankdaten, mit der auch griechische Steuerflüchtige identifiziert werden können. Vorherige Regierungen hingegen hatten eine ähnliche Liste, die der Internationale Währungsfonds an Griechenland übermittelt hatte – die sogenannte Lagarde-Liste –, stets unter Verschluss gehalten.
- Die verschärften Kontrollen auf der Grundlage dieser Listen sind erfolgreich. Im Jahr 2015 ergab die Prüfung bei 90 Fällen die Feststellung von ausstehenden Steuerschulden in Höhe von über 175 Millionen Euro. 2014 waren unter der Regierung Samaras–Venizelos (Nea Dimokratia/Pasok) gerade einmal 38 Vorgänge untersucht und fällige Steuernachzahlungen von 27 Millionen Euro festgestellt worden. Dies entspricht einer Steigerung bei den Steuernachforderungen von über 550 Prozent. Nicht zuletzt wegen der genaueren Kontrollen der Steuerprüfung stieg die durchschnittlich festgestellte Steuerschuld pro Fall von 665.000 Euro im Jahr

¹³ Vgl. www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article158326426/OECD-lobt-Griechenland-fuer-seine-Steuerreformen.html.

2014 auf 1.780.000 Euro im Jahr 2015. Dies entspricht einer Steigerung von 168 Prozent. Weiterhin setzt die jetzige Regierung geeignete Mittel wie internationale Amtshilfeersuchen ein, um Steuerhinterziehung bzw. -umgehung aufzuklären und zu verfolgen.

- Parallel hat die Regierung Tsipras Maßnahmen ergriffen, um der fiktiven Verlegung von Geschäftssitzen in Nachbarstaaten mit niedrigen Steuersätzen entgegenzutreten.

Wie Zahlen zum Steuervollzug seit der Regierungsübernahme von SYRIZA in der deutschen Berichterstattung völlig falsch gedeutet werden, zeigt folgendes Beispiel. So hatten Medien berichtet, dass die Zahl der GriechInnen, die tatsächlich Steuern an die Finanzbehörden überweisen müssten, 2016 gegenüber den Vorjahren weiter gesunken sei.¹⁴ Die griechischen Finanzbehörden seien also offensichtlich komplett unwillig und inkompetent, mehr Steuern einzutreiben.

Fakt ist: Es geht dabei um die Einkommensteuer, die erst ab einem bestimmten Verdienst zu entrichten ist. Auch wenn bei den griechischen Finanzbehörden sicherlich nicht alles zum Besten steht, ist der Grund für die steigende Zahl von GriechInnen, die keine Einkommensteuer ans Finanzamt überweisen, schlicht die immer weiter steigende Armut im Land. Immer mehr GriechInnen haben ein Einkommen unterhalb des Grundfreibetrags. Sie machen also ihre Steuererklärung, müssen mangels Einkommen aber keine Steuern entrichten.

Die Gläubigerseite hat aber auch dagegen schon ein Rezept. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, dass Wachstum immer im Zusammenhang mit Ungleichheit betrachtet werden und so ausgelegt sein muss, dass es möglichst vielen in der Gesellschaft zugutekommt, beharrt der IWF kurzerhand auf einer Herabsetzung der Steuerfreibeträge. Die effektive Steuerbelastung würde dann gerade bei kleineren und mittleren Einkommen sprunghaft steigen. Wer meint, die Absenkung des Steuerfreibetrags als steuerfreies Existenzminimum sei der richtige Weg für Griechenland, um die Steuereinnahmen zu steigern, der schafft nur noch mehr Ungleichheit und soziale Ausgrenzung.

Der IWF argumentiert dabei zudem auf einer falschen Datengrundlage. Er behauptet: In Griechenland seien etwa 50 Prozent der Haushalte von der Einkommensteuer befreit, während es im Durchschnitt der Eurozone nur acht Prozent seien. Dabei hat der IWF übersehen, dass sich die Angaben im Fall von Griechenland auf Individuen beziehen und nicht auf Haushalte.¹⁵ Tatsächlich zahlen in Griechenland nur 11,7 Prozent der Haushalte keine Einkommensteuer. Diese Zahl liegt immer noch über dem Schnitt der Eurozone, ist aber auch der rapide gestiegenen Einkommensarmut geschuldet.

Auf den Punkt gebracht:

Im Gegensatz zur konservativen Vorgängerregierung hat die SYRIZA-Regierung sowohl die Steuersätze für Reiche angehoben (Spitzensteuersatz, Solidaritätsabgabe, Reedereiabgaben etc.) als auch die Steurdurchsetzung massiv forciert (intensivierte Bankenauskunft, Einführung eines elektronischen Vermögensverzeichnisses, internationale Kooperation zur Bekämpfung von Steuerflucht, verstärkte Nutzung von Listen potenzieller Steuerflüchtiger mit fünffach höheren Ergebnissen als die Vorgängerregierung). Auch wenn es hier weiterhin viel zu tun gibt, werden in der Berichterstattung die Fortschritte häufig unterschlagen oder sogar ins Gegenteil verkehrt.

¹⁴ Vgl. z. B. Höhler, Gerd: Die große Schuldenspirale von Athen, in: Handelsblatt, 11.7.2016, unter: www.handelsblatt.com/politik/international/griechenland-und-die-zahlungsmoral-die-grosse-schuldenspirale-von-athen/13859068.html.

¹⁵ Internationaler Währungsfonds: 2016 Article IV Consultation. Staff Report; and Statement by the Executive Director of Greece, Washington D.C., Februar 2017, S. 89.

BEHAUPTUNG 5: «Die Selbstständigen werden durch die neuen Steuern der Regierung Tsipras förmlich erdrückt und in die Schwarzarbeit getrieben.»

Die weitverbreitete Meinung lautet:

«Die Regierung von Tsipras hat die Lasten für Selbstständige drastisch erhöht. Die Steuern und Versicherungsbeiträge vieler Selbstständiger liegen nun oft klar über 70 Prozent ihres Einkommens, sodass viele zu Steuerhinterziehung und in die Schwarzarbeit getrieben werden.»

Richtig ist vielmehr:

Es gab tatsächlich Reformen zur Änderung der Steuerabgaben und Sozialversicherungsbeiträge von Selbstständigen. Aber die Regierung hat nicht nur auf die Erhöhung von Steuern für Selbstständige verzichtet, sondern sogar Maßnahmen ergriffen, um die Besteuerung rationaler, verhältnismäßiger und gerechter zu gestalten.

Bisher galt für Selbstständige ohne jegliche Differenzierung und folglich ohne jegliche Achtung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der sozialen Gerechtigkeit eine Besteuerung von 26 Prozent für Jahreseinkommen von bis zu 50.000 Euro. Seit den Reformen der Tsipras-Regierung wird das Einkommen von Selbstständigen nun wie folgt besteuert:

- 22 Prozent für Jahreseinkommen von bis zu 20.000 Euro,
- 29 Prozent für Jahreseinkommen von 20.001 bis 30.000 Euro,
- 37 Prozent für Jahreseinkommen von 30.001 bis 40.000 Euro,
- 45 Prozent für Jahreseinkommen ab 40.001 Euro.

Durch die neue Regelung werden alle Selbstständigen mit Jahreseinkommen von maximal 32.700 Euro steuerlich entlastet.

Auch die Reform der Sozialversicherung für Selbstständige war längst überfällig. Denn im vorherigen System war die Höhe der Versicherungsbeiträge für Selbstständige nicht an ihr Einkommen, sondern an die Länge der selbstständigen Beschäftigung gebunden. Alle drei Jahre wurde sie automatisch heraufgesetzt. Auf diese Weise zahlten Selbstständige mit kurzer Erwerbstätigkeit und hohem Einkommen nur niedrige Versicherungsbeiträge (oft weit unter 10 Prozent ihres Einkommens), während andere mit einer langjährigen Erwerbstätigkeit und geringem Einkommen horrend Beiträge abführen mussten. Diese Regelung führte gerade bei älteren Selbstständigen zu einer regelrechten Explosion von Schulden gegenüber den Versicherungskassen, da in der Krise die Einkommen einbrachen, statt, wie früher selbstverständlich angenommen, im Laufe einer längeren Erwerbstätigkeit kontinuierlich zu steigen. Das alte System war willkürlich, unverhältnismäßig und ungerecht. Im Gegensatz zu früher richten sich die Versicherungsbeiträge nun nach dem tatsächlichen Einkommen. Sie entsprechen den Versicherungsbeiträgen von lohnabhängig Beschäftigten und belaufen sich auf 26,95 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens (20 Prozent für die Hauptrente und 6,95 Prozent für die Krankenversicherung). Um Extreme zu vermeiden, wurden sowohl nach unten als auch nach oben Schwellenwerte in Höhe von 168 Euro bzw. 1.500 Euro festgelegt.

Nach den ersten Bescheiden, die durch den neuen einheitlichen Sozialversicherungsträger (EFKA) ausgestellt wurden und Versicherte betreffen, die früher bei der Versicherungsanstalt für Selbstständige (OAE) versichert waren, ergibt sich Folgendes:

- 78 Prozent der Versicherten müssen den Mindestbeitrag bezahlen (168 Euro im Gegensatz zu 210 Euro nach der früheren Regelung). Laut einer Mitteilung des Griechischen Handels- und Unternehmerverbands ESEE wird davon ausgegangen, dass die neue Regelung 77 Prozent ihrer Mitglieder entlastet.
- Für 21 Prozent der Versicherten sind mit der Neuberechnung auf Grundlage des Einkommens Beitragserhöhungen verbunden.
- Nur ein Prozent der Versicherten muss den Versicherungshöchstbetrag von 1.500 Euro bezahlen.
- Für bestimmte Berufsgruppen (junge Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte, Anwälte, Landwirte usw.), für die sich größere Veränderungen ergaben, ist eine Übergangsregelung bis zum Jahr 2021 vorgesehen.

Der Eindruck einer generellen Höherbelastung, den die Berichterstattung in Deutschland vermittelt, ist daher schlicht falsch.

Trotz der Erleichterungen für den allergrößten Teil der Selbstständigen mit niedrigen Einkommen werden bestimmte Gruppen im mittleren Einkommensbereich vermutlich mehr an Sozialversicherungsbeiträgen bezahlen müssen als vorher. Die Tsipras-Regierung prüft derzeit, inwieweit mit der Steuer- und Sozialversicherungsreform bestimmte Selbstständige unverhältnismäßig stark belastet werden, und schließt Korrekturen im Detail nicht aus.

Auf den Punkt gebracht:

Unter der neuen Regierung ist für die Mehrheit der Selbstständigen die steuerliche Belastung gesunken. Früher galt für Selbstständige mit einem Jahreseinkommen bis zu 50.000 Euro ein pauschaler Steuersatz, nun unterliegen sie demselben progressiven Steuertarif wie abhängig Beschäftigte. Die Sozialversicherungsbeiträge für Selbstständige waren früher einkommensunabhängig und stiegen mit der Dauer der selbstständigen Beschäftigung an. Nach der Reform orientieren sie sich nun am Einkommen und entsprechen den Versicherungsbeiträgen von Lohnabhängigen.

BEHAUPTUNG 6: «Die Renten in Griechenland sind weiterhin zu hoch und vollkommen unverhältnismäßig.»

Die weitverbreitete Meinung lautet:

«Griechenland leistet sich einen höheren Lebensstandard, als es selbst erwirtschaften kann. Die Renten liegen dort über dem Durchschnitt im Euroraum und müssen deshalb weiter gesenkt werden.»¹⁶

Richtig ist vielmehr:

In Griechenland gibt es bislang keine Sozialhilfe oder längerfristige Grundsicherung für Erwerbslose. Die Renten dienen daher schon immer nicht nur allein zur Versorgung der älteren Generation. Sie haben eher die Funktion einer Familienhilfe, mittels der zum Beispiel auch Kinder, die aufgrund von längerer Arbeitslosigkeit oder mangelnder Erwerbsfähigkeit über keine eigenen Einkünfte verfügen, unterstützt werden können.

In der Krise hat diese Versorgungsfunktion der Renten immens an Bedeutung gewonnen. In einem Land, in dem die Arbeitslosigkeit explodiert ist, von 8 Prozent (2008) auf 27,5 Prozent (2013), die Jugendarbeitslosigkeit nun dauerhaft bei über 50 Prozent liegt und es nur für maximal zwölf Monate eine staatliche Arbeitslosenunterstützung gibt, sind die Renten in vielen Familien die einzige verlässliche Einnahmequelle. Sie treten somit an die Stelle von Sozialleistungen, mit der in anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion ein Existenzminimum bedürftiger Bevölkerungsgruppen garantiert wird. Das Fehlen einer menschenwürdigen Grundsicherung in Griechenland ist beklagenswert. Es bedarf hier dringend des Aufbaus eines integrierten und leistungsfähigen Systems der sozialen Absicherung für verschiedene Lebensrisiken. Solange dies jedoch noch nicht existiert, schwächen weitere Rentenkürzungen nur noch mehr den bereits fragilen sozialen Zusammenhalt und treiben Tausende Menschen vollkommen schutzlos in die extreme Armut.

Neben seiner Bedeutung für die familiäre Grundsicherung zeichnete sich das griechische Rentensystem durch eine besondere Fragmentierung aus. Bis 2016 existierten für die unterschiedlichen Professionen und Sektoren jeweils eigene öffentliche Rentenkassen. Und auch das sollte nicht verschwiegen werden: Es gab Berufsgruppen, die lange Zeit großzügige und im Einzelfall sicherlich auch unverhältnismäßig hohe Rentenansprüche geltend machen konnten. Trotzdem bleibt die pauschale Behauptung falsch, Griechenland leiste sich ausufernde Rentenzahlungen. Dagegen spricht allein schon, dass 43 Prozent der RentnerInnen in Griechenland unter der Armutsgrenze von 660 Euro monatlich leben müssen.

Durchschnittlich belaufen sich die Ausgaben Griechenlands für Renten (inkl. zusätzlicher Zuwendungen wie der staatlichen Zusatzrente EKAS¹⁷) derzeit auf etwa 70 Prozent des EU-Durchschnitts und 52 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts.

Seit Beginn der Krise in Griechenland sind die Ausgaben für Altersrenten der Haushaltsposten, an dem – auf Druck der Gläubiger – besonders häufig der Rotstift angesetzt wurde. Insgesamt wurden die griechischen Renten im Zeitraum 2009 bis 2015 zwölf Mal gekürzt, und zwar insgesamt um 20 bis 50 Prozent, je nach Rentenklasse. Während die Ausgaben für die Altersrente im Jahr 2012 bei 25,5 Milliarden Euro lagen, betragen sie im Jahr 2014 nur noch 23,2 Milliarden Euro. Das Memorandum of Understanding zwischen Griechenland und seinen Gläubigern vom August 2015 sah als eine wesentliche Voraussetzung für den Abschluss der ersten Programmüberprüfung eine weitere Kürzung der Rentenausgaben um ein Prozent des BIP vor. Bei der Umsetzung dieser Sparauflage der Gläubiger griff die Regierung Tsipras erstmals nicht zum Mittel einer pauschalen Rentenkürzung, sondern beschnitt die hohen Bestandsrenten von über 1.300 Euro brutto und schonte die niedrigen Renten. Zugleich wurde allerdings auch die Zahl der Bezugsberechtigten für die beitragsfreie Zusatzrente EKAS um 40 Prozent gesenkt.

Neben der Abwehr weiterer Rentenkürzungen auf Druck der Gläubiger sah die Regierung Tsipras die Hauptaufgabe in einer Neuordnung des fragmentierten und in Teilen dysfunktionalen Systems der öffentlichen Rentenkassen. Dazu hat sie – gegen große Bedenken und Kritik, teilweise auch aus der eigenen Partei – im Jahr 2016 eine grundlegende Rentenreform auf den Weg gebracht. Zu den Kernpunkten der Reform gehören:

- die Schaffung eines Einheitlichen Sozialversicherungsträgers (EFKA),
- einheitliche Regeln für die Berechnung der Beiträge und die Rentenauszahlung und
- die Einführung einer staatlichen Mindestrente.

Ziel dieser Maßnahmen ist eine Vereinfachung und Harmonisierung der bisherigen komplizierten Regel- und Verwaltungsstrukturen des öffentlichen Rentensystems, das früher bestimmte Berufsgruppen und ältere gegenüber jüngeren ArbeitnehmerInnen bevorzugte. Bei der Reform wurden insbesondere die Bedürfnisse unterer Einkommensgruppen berücksichtigt. Dass diese Ziele zumindest im Konzept der Reform ernsthaft an-

¹⁶ Vgl. zum Beispiel «Schäuble: Müssen Druck auf Griechenland aufrecht halten», dpa-Meldung vom 8.2.2017

¹⁷ Die «Soziale Solidaritätszulage für Rentner» (EKAS) ist eine beitragsfreie Sozialleistung für Bezieher niedriger Renten. Die Zahl der Bezugsberechtigten und die Leistungen wurden in den vergangenen Jahren in mehreren Schritten auf inzwischen deutlich weniger als die Hälfte zusammengestrichen.

gegangen werden, zeigt sich nicht zuletzt an der Kritik der konservativen griechischen Opposition, die Reform regle nicht nur die Verwaltung der Beitragseinnahmen neu, sondern die Regierung mische sich mit dem Ziel der Umverteilung aktiv in die Sozialversicherung ein.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Sozialversicherungssystems im Januar 2017 sanken die staatlichen Ausgaben für Renten von elf auf neun Prozent des griechischen BIP. Diese Zahl führt aktuell zu neuen Forderungen nach Rentenreformen. So vergleicht zum Beispiel der IWF diesen Aufwand mit dem Durchschnitt im Euroraum, der nur 2,25 Prozent betrage, und leitet daraus weiteres Einsparpotenzial bei den Renten ab. Der Vergleich des IWF ist jedoch unseriös: Ein hoher staatlicher Zuschuss zum Rentenversicherungssystem besagt nur, dass die Einkünfte der Sozialversicherung hinter ihren Ausgaben zurückbleiben. Über die absolute Höhe der Renten hingegen ist damit nichts ausgesagt. Und in einer Krise mit stark gestiegener Arbeitslosigkeit ist es geradewegs eine volkswirtschaftliche Funktion der Sozialversicherung, Defizite zu machen und so staatliche Mittel – also Kaufkraft – zur Stabilisierung der Konjunktur in die Volkswirtschaft zu bringen («automatischer Stabilisator»).

Zwar kann der IWF sich vorstellen, die im Rentensystem eingesparten Mittel an anderer Stelle (z. B. für eine Grundsicherung) wieder auszugeben und nicht einfach nur den Haushalt zu kürzen.¹⁸ Doch in Kombination mit der beinhaltenen Austeritätspolitik der anderen Gläubiger dürften die neuen Forderungen nach Rentenreformen einmal mehr zu sozialen Einschnitten führen.

Aber nicht nur bei den Renten mussten die griechischen Regierungen trotz massiver Proteste in der Bevölkerung die Forderungen der internationalen Geldgeber erfüllen. So wurde auch bei anderen Sozialausgaben auf Druck der Gläubiger erheblich gekürzt. Im Zeitraum 2010 bis 2014 sanken die Sozialausgaben insgesamt um 21,8 Prozent (siehe Tabelle 1). Die größten Einschnitte gab es bei der Arbeitslosenunterstützung (mit fast minus 46 Prozent). Das kommt bei einer Verdreifachung der Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum einem brutalen Kahlschlag gleich. Fast ebenso umfangreich fielen die prozentualen Kürzungen im Gesundheitswesen aus. Die Rentenausgaben sanken in diesem Zeitraum dagegen «nur» um 7,6 Prozent. Sie bleiben von daher bis auf Weiteres eines der beliebten Angriffsziele für Sparvorschläge der Gläubiger.

Tabelle 1: Ausgaben für soziale Sicherung nach Leistungsbereich, 2010 bis 2014 (in Mio. Euro)

	Sozialleistungen					Änderung
	2010	2011	2012	2013	2014	
Krankheit	15.940	13.549	11.650	10.261	8.897	-44,18%
Behinderung	3.673	3.615	3.361	2.979	2.937	-20,04%
Alter	26.996	27.982	28.081	24.743	24.952	-7,57%
Verwitwung	5.407	5.216	5.042	4.558	4.552	-15,81%
Familie	2.311	2.184	1.855	2.028	1.983	-14,19%
Arbeitslosigkeit	3.582	3.485	2.641	2.352	1.938	-45,90%
Soziale Exklusion	113	109	124	128	108	-4,42%
Gesamt	58.022	56.140	52.754	47.049	45.367	-21,81%

Quelle: griechisches Statistikamt (ELSTAT), Europäisches System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)

Auf den Punkt gebracht:

Weil in Griechenland keine Sozialhilfe (wie z. B. in Deutschland) existiert, stellen die Renten für viele Familien den letzten Rettungsanker dar. Knapp die Hälfte der RentnerInnen in Griechenland erhält monatliche Leistungen von unter 660 Euro, was auch dort kaum zum Leben reicht. Dass die staatlichen Zuschüsse zur Rente noch über dem EU-Durchschnitt liegen, zeigt kein weiteres Kürzungspotenzial, sondern nur, dass sich in Krisen mit hoher Arbeitslosigkeit die Einnahmen der Sozialversicherungen verringern. Auch wenn die Rentenleistungen in Griechenland deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen, war es notwendig, das zuvor fragmentierte und teilweise ungerechte griechische Rentensystem grundlegend zu reformieren. Die neue Phalanx der Gläubiger drängt trotz der vorgenommenen Einsparungen auf weitere Rentenkürzungen, was angesichts der vielen bereits erfolgten schmerzhaften Einschnitte bei der Altersversorgung und einer fehlenden Grundsicherung der falsche Weg ist.

18 Obstfeld, Maurice/Thomsen, Paul M.: Der IWF verlangt nicht noch mehr Austerität von Griechenland, 12.12.2016, unter: <https://blog-imfdirect.imf.org/2016/12/12/the-imf-is-not-asking-greece-for-more-austerity>.

SCHLUSSBEMERKUNG: PLÄDOYER FÜR EINE PRO-EUROPÄISCHE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Die hier präsentierten Behauptungen zu Griechenland, die in der Berichterstattung der etablierten Medien einen relativ großen Raum einnehmen und auch in politischen Debatten immer wieder zu hören sind, zeigen eines sehr deutlich: Die Krise des Euro bzw. der europäischen Währungsunion wird in Deutschland weiterhin gern einseitig als Folge des Versagens der Regierungen anderer Länder (und gewissermaßen auch ihrer Bevölkerungen) wahrgenommen und dargestellt.

Viel zu selten wird die Frage nach den strukturellen Ursachen gestellt und über die grundlegende Fehlkonstruktion des europäischen Wirtschafts- und Währungsmodells und seiner Institutionen nachgedacht. Es schmeichelt dem individuellen und kollektiven Selbstbewusstsein, wenn «wir» die relativ gute wirtschaftliche Situation in Deutschland als Beweis dafür anführen, «alles richtig gemacht zu haben», während «die Griechen» – und die Menschen in anderen krisengeschüttelten Staaten Südeuropas – offensichtlich doch immer noch nicht so fleißig, so sparsam, so klug, so unbestechlich und ehrlich sind wie «wir».

Wer sich auf ein so hohes moralisches Ross setzt, wie es «die Deutschen» mit ihren Vorurteilen und Verleumdungen «der Griechen» tun, der kann sehr tief fallen. Vor allem verleitet dies zu einem Maß an Selbstgefälligkeit, das einer nüchternen und realistischen Sicht auf Europa im Wege steht. «Wir» sehen dann eben nur, was «wir» sehen wollen – und «wir» können uns das leisten, weil der Erfolg «uns» recht gibt. Auch das ist eine wesentliche Zutat der neuen postfaktischen politischen Kultur.

Dagegen stehen die eindeutigen Erfahrungen in der Praxis: Die europäische Austeritätspolitik und die neoliberalen Diktate sind an ihren eigenen Ansprüchen gescheitert. Sie haben die tiefe Wirtschaft- und Finanzkrise nicht überwunden, haben kein Wirtschaftswachstum generiert und erst recht nicht die Situation der Menschen in den Krisenländern verbessert. Die deregulierten und flexibilisierten Arbeitsmärkte kamen den Reichen und Mächtigen zugute, weil die Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen mit mittleren und kleinen Einkommen verringert wurde. Mehr Arbeitsplätze haben sie aber nicht gebracht. Die Umverteilung von unten nach oben wurde deutlich verstärkt und wegen ausbleibender Investitionen ist eine verfallende öffentliche Infrastruktur mittlerweile der Normalfall.¹⁹

Aber diese Politik ist nicht alternativlos. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, in einem spannenden Autorenkollektiv einige solcher Gegenentwürfe zu diskutieren und zentrale Elemente einer hoffentlich überzeugenden Alternativ-EU darzulegen: «Die zentrale Botschaft [...] liegt in der These, dass die EU und der Euro sich reformieren lassen.»²⁰

Dort sind konkrete, praktisch umsetzbare Maßnahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik ebenso skizziert, wie ein Regime zum längerfristigen Ausgleich der extremen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EU («eine Ausgleichsunion»). Auch finden sich Überlegungen für den Einstieg in ein solidarisches Europa, in dem die öffentlichen Schulden der Willkür der Finanzmärkte entzogen und Schritte in eine europäische Sozialunion – z. B. durch ein gemeinsames System der Arbeitslosenversicherung – unternommen werden. Denn wir brauchen beides und das eine geht nicht ohne das andere: eine starke Demokratisierung der Entscheidungen auf EU-Ebene und gleichzeitig eine Stärkung der europäischen Entscheidungskompetenzen in zentralen Fragen von Wirtschafts- und Sozialpolitik, damit Europa nicht länger eine Arena konkurrierender – und von Deutschland dominierter – Nationalstaaten bleibt.

Nur ein solches Leitbild von Europa in den Köpfen und den Herzen der Menschen kann gegen die neuen und alten Nationalisten und Chauvinisten und ihre falschen Wahrheiten helfen.

Es war das Anliegen der obigen Ausführungen, deutlich zu machen, wie reformfähig sich das vermeintlich unreformierbare Griechenland selbst unter besonders schwierigen Ausgangsbedingungen erwiesen hat. Warum soll das – in eine positive Richtung gedacht – nicht auch für die vermeintlich so reformmüde Europäische Union gelten?

19 Vgl. Katrougalos, Giorgos/Troost, Axel: Die Zukunft Europas – strategische Gedanken anlässlich des 60. Jahrestags der römischen Verträge, unter: www.europa-neu-begrunden.de/wp-content/uploads/2017/03/Giorgos-Katrougalos-und-Axel-Troost.pdf

20 Busch, Klaus/Troost, Axel/Schwan, Gesine/Bsirske, Frank/Bischoff, Joachim/Schrooten, Mechthild/Wolf, Harald: Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union, Hamburg 2016, unter: www.axel-troost.de/article/9298.europa-geht-auch-solidarisch-streitschrift-fuer-eine-andere-europaeische-union.html.

WEITERFÜHRENDE KRITISCHE QUELLEN ZU GRIECHENLAND

regelmäßig: Niels Kadritzke in Le Monde Diplomatique, z. B.

- Privatisierungsschwindel in Griechenland, März 2016
 - Herbstlese I + II, Oktober und November 2016
 - Das Riesenrad, das sich nicht dreht, Januar 2017
- http://monde-diplomatique.de/shop_content.php?colID=100070

FaktenCheck Hellas, 5 Ausgaben von April bis September 2015, <http://faktencheckhellas.org/ausgabe-1/>

BILDblog. Kritisches über deutsche Medien, <http://www.bildblog.de/search/griechenland/>

regelmäßig: Rosa-Luxemburg-Stiftung, z. B.

- Griechenland-Dossier, www.rosalux.de/dossiers/archiv/griechenland/
- 100 Tage Syriza, www.rosalux.de/dossiers/archiv/100-tage-syriza/
- «Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt», Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise, von Stephan Kaufmann, März 2012, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Griechen2_dt_1203.pdf; griechische Fassung: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente_lux_argu_Griechen_grie.pdf
- «No Exit. Falsche Gegensätze in der Euro-Debatte», Standpunkte 7/2013, von Mario Candeias, Mai 2013, www.rosalux.de/publikation/id/6776/no-exit-falsche-gegensaetze-in-der-euro-debatte/
- «Wie sich der Karren aus dem Dreck ziehen lässt», von Euklid Tsakalotos und Christos Laskos, April 2014, www.rosalux.de/publikation/id/7746/
- «Die Angst vor dem Schuldenschnitt. Die Argumente von Merkel und Co. gegen einen Schuldenschnitt für Griechenland – und warum sie wenig taugen», von Antonella Muzzupappa und Sabine Nuss, Februar 2015, www.rosalux.de/news/id/6067/die-angst-vor-dem-schuldenschnitt/
- «Die Halbstarke von Athen». Fünf Jahre Euro-Krise – Irrtümer, Interessen und Profiteure», von Stephan Kaufmann, April 2015, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien7_DieHalbstarke.pdf
- «Griechenland und seine Gläubiger», Audiobeitrag mit Stephan Kaufmann, Juli 2015, www.rosalux.de/mediathek/media/227/
- «Solidarische Ökonomie von Griechenland lernen», Standpunkte 19/2015, von Judith Dellheim, September 2015, www.rosalux.de/publikation/id/8364/solidarische-oekonomie-von-griechenland-lernen/
- «Griechenlands Staatsbetriebe im Zwangsverkauf», von Egbert Scheunemann, Dezember 2016, http://de.rosalux.eu/fileadmin/user_upload/Publications/Privatisierung_Griechenland.pdf
- «Das Kätzchen» Währungsfonds, Bericht von der Pressekonferenz mit Euklides Tsakalotos am 16.12.16 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/news/id/9323/das-kaetzchen-waehrungsfonds/